Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 29 (1950)
Heft: 1

Artikel: Und morgen wieder Krise?
Autor: Rattner, Leo
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-336442

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Friedens zwischen West- und Osteuropa würde auch die begreiflichen Befürchtungen einer neuen Wirtschaftsoffensive und Expansion des neuerwachten deutschen Nationalismus beruhigen und das gegenseitige Buhlen um seine Gunst zu Ende bringen.

6. Demokratische Wirtschaftsplanung verschiedener Art ist unerläßlich, wenn die erwähnten Maßnahmen auf lange Sicht erfolgreich sein sollen. Es ist sehr zweifelhaft, ob ein innereuropäischer Freihandel (selbst wenn die Regierungen dazu überredet werden sollten) automatisch eine ausreichende Arbeitsteilung innerhalb Europas hervorrufen würden, um die Dollarknappheit zu beseitigen. Vor allem aber ist es recht schwierig, Zolltarife und andere Handelsschranken zu beseitigen, wenn man den unmittelbar betroffenen Arbeitern und Gewerbetreibenden keine konkrete Aussicht auf Betätigung in einem anderen Betrieb, Gebiet oder Wirtschaftszweig bieten kann und wenn sie in ständiger Angst vor Krise und Arbeitslosigkeit leben müssen. Anderseits würde auch ein Nebeneinander von zwanzig oder dreißig gesonderten (und vielleicht feindlichen) Wirtschaftsplänen in den verschiedenen Nationen kaum helfen. Es ist Zeit, sowohl die Dollarkrise als auch die langfristigen Aufgaben europäischer Wirtschaftspolitik im allgemeinen als ein Problem der Planung in großen Wirtschaftsräumen zu sehen.

LEO RATTNER

Und morgen wieder Krise?

Denver, im Dezember 1949.

Wenn ein Land am Ende des zweiten Weltkrieges ökonomisch stärker war als an seinem Beginn, dann sind es die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Obwohl unzweifelhaft die erste industrielle Großmacht der Welt, litten die USA bei Kriegsausbruch immer noch unter den Folgen der großen Weltwirtschaftskrise. Die Krise von 1929 war nicht nur die schwerste der amerikanischen Geschichte. Im Gegensatz zu früheren Krisen wurde sie auch nicht von einer Prosperitätsperiode abgelöst. In den zehn Jahren, die dem Ausbruch der Krise folgten, lief der amerikanische Produktionsapparat niemals auf vollen Touren. 1939 gab es immer noch neun Millionen Arbeitslose. Selbst mit Hilfe der riesigen Staatssubventionen des New Deal war der amerikanische Kapitalismus nicht fähig, Prosperität und Vollbeschäftigung zu gewährleisten.

Mit diesen ökonomischen Voraussetzungen traten die Vereinigten Staaten in den zweiten Weltkrieg ein, der sich als der kostspieligste der Geschichte erwies. Aber während die anderen Kriegführenden bei Kriegsende wirtschaftlich empfindlich geschwächt waren, hatten die USA eine unvergleichlich stärkere Position erlangt. Die Arbeitslosigkeit war praktisch eliminiert worden. Im Unterschied zur Vorkriegszeit fand die amerikanische Industrie nicht nur für das alte Produktionsvolumen Absatzgebiete, sondern auch für die Güter, die aus einer um 50 Prozent gesteigerten Produktionsfähigkeit resultierten. Die Unternehmergewinne erreichten Rekordhöhen. Vier Jahre nach Kriegsende war noch kaum ein Nachlassen des Kriegsbooms zu verspüren, und die vorausgesagte Krise ist bisher ausgeblieben. Hat der amerikanische Kapitalismus Mittel und Wege gefunden, um die Krisengefahr auszuschalten?

In seinem neuen Buche «*Living with crisis*» (John Day Co. New York, 1949) versucht der in New York lebende deutsche Sozialdemokrat *Fritz Sternberg* diese Frage zu beantworten. Einleitend weist Sternberg darauf hin, daß das Funktionieren der amerikanischen Wirtschaft nicht mehr eine rein interne Angelegenheit ist. Die Vereinigten Staaten sind gegenwärtig die stärkste Industriemacht der Welt. Sie erzeugen ebensoviele Güter wie alle anderen Industriestaaten zusammen. Eine durch den Krieg verarmte und verwüstete Welt kann die amerikanische Hilfe beim Wiederaufbau nicht entbehren. Deshalb ist es klar, daß ein Versagen des ökonomischen Systems der USA unabsehbare Folgen haben müßte. Das Schicksal Europas, der ganzen Welt, wird heute weitgehend durch die Entwicklung der amerikanischen Wirtschaft bestimmt.

Drei Faktoren haben die Nachkriegsprosperität in den USA ermöglicht.

1. Die Unternehmer hatten zahlreiche Investierungen projektiert, die während des Krieges nicht ausgeführt werden konnten. Diese Investierungen waren größer als in «normalen» Jahren.

2. Die Vereinigten Staaten hatten nach dem Krieg einen großen Exportüberschuß.

3. Während des Krieges war es der amerikanischen Bevölkerung nicht möglich, so viele Konsumgüter zu kaufen, wie es das gesteigerte Einkommen gestattete. Diese Überschüsse mußten gespart werden, und nach Kriegsende war eine verstärkte Kaufkraft vorhanden, die in keinem proportionellen Verhältnis zum seinerzeitigen Einkommen stand.

Alle diese Faktoren hatten jedoch nur zeitweilig Geltung. Im Winter 1948 wurde es klar, daß sie nur für eine gewisse Periode wirksam sein konnten. Tatsächlich ist die Zahl der Arbeitslosen im Jahre 1949 um nahezu 2 Millio-

nen angestiegen. In einzelnen Branchen war in diesem Jahre ein starker Geschäftsgang festzustellen. Gewiß, es kann noch nicht von einer Depression gesprochen werden. Aber das Problem ist bereits wieder aktuell, wie die Kluft zwischen Produktionsfähigkeit und Konsumption überbrückt werden kann, die von 1929 bis zum Kriegseintritt Amerikas existierte.

Nach Sternbergs Ansicht ist es falsch, die Zukunftsaussichten der amerikanischen Wirtschaft durch eine rein ökonomische Analyse bestimmen zu wollen. Nur eine Synthese der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Faktoren kann zuverlässige Schlußfolgerungen ermöglichen. Diese Behauptung wird sofort verständlich, wenn man die bisher getroffenen Maßnahmen zur Krisenverhütung untersucht. Sowohl der Marshallplan als auch das Wiederaufrüstungsprogramm beeinflussen direkt und indirekt die amerikanische Innen-, Wirtschafts- und Außenpolitik. Beide Programme tragen entscheidend dazu bei, eine — wenn auch verringerte — Prosperität zu erhalten und den Ausbruch einer Depression hinauszuschieben.

Der Marshallplan soll den europäischen Teilnehmerstaaten ermöglichen, bis zum Jahre 1952 die Kriegsschäden zu überwinden und wirtschaftlich unabhängig zu werden. Zu diesem Zwecke will Amerika 17 Milliarden Dollar in Form von Krediten und Warenlieferungen verteilen. Niemand wird behaupten wollen, daß dies aus reiner Menschenfreundlichkeit geschieht. Die amerikanische Industrie und mehr noch die amerikanische Landwirtschaft sind darauf angewiesen, ihre Überschüsse nach Europa zu exportieren. Dennoch kann der Marshallplan — von den USA aus gesehen — nichts anderes bewirken, als die gegenwärtige Exportrate aufrechtzuerhalten. Die amerikanische Ausfuhr hat in den besten Jahren nie mehr als 10 Prozent der Gesamtproduktion übertragen, so daß die Tatsache bestehen bleibt, daß 90 Prozent der Gütererzeugung im Lande selbst konsumiert werden müssen.

Ein zweiter bedeutsamer Faktor ist die fortschreitende Wiederaufrüstung der Vereinigten Staaten. Unmittelbar nach Kriegsende wurden die Militärausgaben von 80 Milliarden auf 10 Milliarden Dollar jährlich gesenkt. In dem Maße aber als sich der kalte Krieg zwischen den USA und der Sowjetunion entwickelte, verstärkte sich auch die Tendenz zu vermehrten Rüstungen. Das Budget für dieses Jahr sieht bereits 14,5 Milliarden Dollar für militärische Zwecke vor (im Gegensatz zu den 30 Milliarden, die die Armeeführer verlangten). Nicht inbegriffen sind in diesem Budget die Ausgaben für die Lagerhaltung kriegswichtiger Rohstoffe, das Atomenergieprogramm und die Bewaffnung der europäischen Mitgliedstaaten des Atlantikpaktes. Bereits heute also sind die Militärausgaben nahezu so hoch, wie die Gesamtsumme, die für die Finanzierung des Marshallplanes vorgesehen ist. Da im Moment

kaum Aussicht besteht, daß der kalte Krieg abgeblasen wird, ist in den kommenden Jahren noch mit einer weiteren Steigerung des Militärbudgets zu rechnen.

Marshallplan und Wiederaufrüstung sind heute die wichtigsten Mittel zur Verhütung einer amerikanischen — und damit auch einer Weltwirtschaftskrise. 1929 waren die Voraussetzungen vollkommen verschieden. Die Kriegswirtschaft des ersten Weltkrieges war durch eine Friedenswirtschaft abgelöst worden. Es existierte weder eine Europahilfe noch ein nennenswertes Rüstungsprogramm. Heute aber haben wir kaum eine Friedenswirtschaft. Eher könnte man von einer Waffenstillstandsökonomie sprechen. Das Andauern der politischen, militärischen und wirtschaftlichen Unsicherheit über den Krieg hinaus, hat — so paradox dies auch erscheinen mag — bisher weitgehend dazu beigetragen, das amerikanische Wirtschaftssystem intakt zu erhalten.

Aber kann dieser Zustand unbeschränkt weiterdauern? 1952 soll die Europahilfe eingestellt werden. Was geschieht dann, wenn die europäischen Staaten — wie es Sternberg glaubt — sich noch nicht genügend erholt haben, wenn sie nicht fähig sind, amerikanische Güter zu kaufen? Ist die Krise nur aufgeschoben? Wird sie, wenn nicht morgen, so doch übermorgen ausbrechen?

Selbstverständlich wird es weitgehend von der Wirtschaftspolitik der USA abhängen, ob die neue Krise vermieden werden kann. Marshallplan und Aufrüstung können kein positives Wirtschaftsprogramm ersetzen. Deshalb fordern die fortschrittlichen Kreise in den Vereinigten Staaten heute einen zweiten New Deal (stärker als der erste), verbunden mit einem Programm zur Zerschlagung der großen monopolistischen Korporationen. Wirksame Bekämpfung der drohenden Inflation und gerechtere Verteilung des Nationaleinkommens sind ebenfalls wichtige Thesen einer fortschrittlichen amerikanischen Wirtschaftspolitik.

Aber der Schlüssel zum Problem der Krise liegt in Europa. So wie heute Europa von den Vereinigten Staaten abhängig ist, sind auch die Vereinigten Staaten abhängig von der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Europas. Amerika braucht Europa als Absatzmarkt für seine Exportüberschüsse und als Verbündeten gegen die Sowjetunion. Aber ein zerrissenes, uneiniges Europa ist ein wertloser Verbündeter. Es ist eine dauernde Belastung und eine Gefährdung des Weltfriedens. Mit Recht hebt deshalb Sternberg hervor, daß der europäische Nationalismus überwunden werden muß. Nur ein geeintes Europa kann in gemeinsamer Anstrengung die Kriegsschäden überwinden und zur Sicherung des Weltfriedens beitragen. Nur eine

Union der demokratischen Völker Westeuropas könnte stark genug sein, um die Unabhängigkeit des Kontinents zu erhalten und sich als gleichberechtigte «Dritte Kraft» zwischen den USA und der Sowjetunion behaupten.

Ein prosperierendes Europa ist eine Garantie für eine prosperierende Weltwirtschaft und für den Weltfrieden. Doch ein prosperierendes Europa auf einer kapitalistischen Basis ist nicht länger möglich. Zwei Weltkriege, die Krise und Kapitulation vor dem Faschismus haben bewiesen, daß der europäische Kapitalismus sich selbst überlebt hat. Die Umwandlung der sozialen Struktur Europas ist in vollem Gange. Große Teile der europäischen Bevölkerung widerstreben dem Kapitalismus. Aber sie opponieren ebenso stark einer Wiederbelebung des Kapitalismus, die in der gegenwärtigen Situation nur auf einer reaktionären, halbfaschistischen Basis durchgeführt werden kann.

Ein demokratisch-sozialistisches Europa — eine Vereinigung freier Völker, die politische Demokratie mit wirtschaftlicher Planung verbinden — ist daher die einzig mögliche und dauernde Lösung der gegenwärtigen Krise. Es ist die große Gefahr, daß die Vereinigten Staaten diese Krise verlängern werden, indem sie alle jene Gruppen unterstützen, die eine radikale Aenderung der sozialen Struktur Europas bekämpfen. Es ist kein Geheimnis, daß die amerikanische Politik auf die Stärkung des europäischen Kapitalismus hinarbeitet. Der Fortschritt des demokratischen Sozialismus soll mit allen Mitteln verhindert werden. Das zeigt sich in der Feindschaft gegen die Labour Party und in der erfolgreichen Opposition gegen die Sozialisierung der Ruhrindustrien. Darüber hinaus werden alle reaktionären Kräfte Europas durch die amerikanische Politik ermutigt. In diesem Zusammenhang schrieb die Londoner «Tribune» vor kurzem: «Es muß den Amerikanern klar gesagt werden, daß sie nicht Labour-England und Spanien, Labour-England und eine gaullistische Diktatur in Frankreich oder Labour-England und ein Dollfuß-Regime an der Ruhr haben können.»

Der Friede kann nur bewahrt werden durch ein fortschrittliches Europa, das seine soziale Struktur nach demokratisch-sozialistischen Prinzipien umwandelt, selbst wenn dies gewissen amerikanischen Konzeptionen nicht entspricht. Es gibt keine andere Möglichkeit, keine andere Wahl. Die Lösungen der Vergangenheit sind unbrauchbar und gefährlich geworden. Im Zeitalter der Atombombe kann der nationalstaatliche Kapitalismus nicht mehr restauriert werden. Die Frage ist nicht mehr, wie ein sozialistisches Europa verwirklicht werden soll, sondern wann. Je schneller die notwendigen Schritte getan werden, um so berechtigter ist die Hoffnung, daß eine neue Katastrophe vermieden werden kann.